

1. Zentrale These des Workshops

- Kinder- und Jugendbeteiligung ist auch in 2021 immer noch kein Standard bei politischen Entscheidungen, sowohl auf kommunaler als auch auf Kreisebene
- Kinder und Jugendliche über Angebote der politischen Bildung befähigen ihre Interessen erkennen zu artikulieren und ihre Rechte einzufordern (2.Schritt)
- Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu hören (1.Schritt)
- Verwaltung und Politik zu qualifizieren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen zu berücksichtigen (3.Schritt)
- Die o.g. Schritte erfolgen nicht einer chronologischen Abfolge, sondern finden in einem dauerhaften und parallel laufenden Prozess statt, in dem sich die einzelnen Elemente auf einander beziehen.
- Wir als Fachkräfte müssen Kinder und Jugendliche zu Beteiligungsprojekten anstoßen
- Der Lage voraus sein und von den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausgehen auf die politischen Akteure bei dem Thema der Beteiligung einzuwirken.
- **Nichts für uns ohne uns !!! (Aussage von Kindern und Jugendlichen)**

2. Aufträge für die berufliche Praxis

- Fachkräfte sollten regelmäßig ihre eigene Rolle überprüfen (Anwalt, Sprachrohr, Übersetzer von Kindern und Jugendlichen) und ggf. eigene Qualifikation zum Thema
- Ist Analyse anhand des Fragenkatalogs z.B. was hat gut funktioniert?
- Welche Beteiligungsprojekte gibt es bereits?
- Qualifizierung von Fachkräften bzw. von Verwaltung und Politik um Beteiligung in den politischen Gremien umzusetzen
- Kinder und Jugendliche befähigen politisch aktiv zu werden
- Regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit (Ziele und Befähigung)

3. Erwartung an Verwaltung und externe Akteure

- Verschiedene Instrumente der Kinder- und Jugendbeteiligung zu bedienen
- Politik muss Beteiligung als primäres Arbeitsfeld definieren und entsprechende Ressourcen bereitstellen
- Bereitschaft politische Vertreterinnen sich mit dem Thema Beteiligung auseinander zu setzen, dessen Bedeutung anzuerkennen und sich ggf. zu qualifizieren.
- Akteure, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten müssen sich und ihre institutionellen Strukturen auf die Möglichkeit zur Beteiligung überprüfen und ggf. anpassen.